

Substanzielles Protokoll 18. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 1. Oktober 2014, 17.00 Uhr bis 20.04 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Walter Angst (AL), Dr. Mario Babini (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Joe A. Manser (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/132](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Jean-Claude Virchaux (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2015
3. [2014/280](#) * Weisung vom 10.09.2014: FV
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)
4. [2014/281](#) * Weisung vom 10.09.2014: FV
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2015
5. [2014/295](#) * VTE
E Postulat von Markus Merki (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 17.09.2014:
Velohauptroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach, gleichzeitige Inbetriebnahme mit der Velostation Oerlikon Ost
6. [2014/197](#) Weisung vom 18.06.2014: STR
Rechnung 2014, Trimesterbericht I/2014 zu den Globalbudgets
7. [2014/77](#) Weisung vom 19.03.2014: VIB
Elektrizitätswerk, Ausstieg aus der Kernenergie, Kompetenzdelegation

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 8. | 2014/173 | | Weisung vom 04.06.2014:
Motion von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne)
betreffend Erhaltung der Biodiversität in öffentlichen Parks und
privaten Gärten auf Stadtgebiet, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 9. | 2014/155 | E/T | Postulat von Andreas Edelmann (SP) und Rebekka Wyler (SP)
vom 14.05.2014:
Binz-Quartier, bessere Erschliessung für den Fuss- und Velo-
verkehr | VTE |
| 10. | 2014/187 | A | Postulat von Peter Küng (SP) und Gian von Planta (GLP) vom
11.06.2014:
Errichtung einer Kapphaltestelle am Stauffacher für die in Rich-
tung Hardplatz fahrenden Trams der Linie 8 | VTE |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

**389. 2014/291
Ratsmitglied Bernhard Piller (Grüne); Rücktritt**

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Bernhard Piller (Grüne 11) auf den 1. Oktober 2014 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**390. 2014/288
Ratsmitglied Jean-Claude Virchaux (CVP); Rücktritt**

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Jean-Claude Virchaux (CVP 12) auf den 1. Oktober 2014 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**391. 2014/290
Ratsmitglied Gian von Planta (GLP); Rücktritt**

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Gian von Planta (GLP 4+5) auf den 1. Oktober 2014 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**392. 2014/292
Ratsmitglied Sylvie Fee Matter (SP); Rücktritt**

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Sylvie Fee Matter (SP 6) auf den 2. Oktober 2014 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

G e s c h ä f t e

- 393. 2014/132**
Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Jean-Claude Virchaux (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2015

Es wird mit Wirkung ab 1. Oktober 2014 gewählt:

Markus Hungerbühler (CVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

- 394. 2014/280**
Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 29. September 2014

- 395. 2014/281**
Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2015

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 29. September 2014

- 396. 2014/295**
Postulat von Markus Merki (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 17.09.2014:
Velohauptroute an der Friesstrasse vom Bahnhof Oerlikon nach Seebach, gleichzeitige Inbetriebnahme mit der Velostation Oerlikon Ost

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

- 397. 2014/197**
Weisung vom 18.06.2014:
Rechnung 2014, Trimesterbericht I/2014 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 30. April 2014 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Jahr 2014 werden mit den Trimesterberichten per 30. April 2014 gemäss der vorstehenden Zusammenstellung unter Ziffer 4 Globalbudget-Ergänzungen von Fr. 3 000 000.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): Beim Museum Rietberg wurde festgestellt, dass die Besucherzahlen zurückgingen. Diese Mindereinnahmen können jedoch im Rahmen des Globalbudgets kompensiert werden. In Bezug auf das Steueramt gab es in der letztjährigen Budgetdebatte den Antrag, eine Million Franken als Mehreinnahmen zu budgetieren, da überprüft werden sollte, ob Leute, die ihren Wohnsitz in der Stadt haben, ihre Steuern auch tatsächlich an ihrem Wohnort zahlen. Dieser Posten kam jedoch auf das falsche Konto. Deshalb gibt es hier einen Antrag auf eine Ergänzung des Globalbudgets. Bei den Alterszentren lässt sich feststellen, dass es in der Produktgruppe 1 Mindererträge gibt. Zusätzlich kommen Mehraufwendungen wegen vorzeitigen Pensionierungen dazu. Deshalb gibt es einen Antrag auf Ergänzung des Globalbudgets um zwei Millionen Franken. Das Stadtspital Waid wird den Nettoaufwand voraussichtlich unterschreiten können. Bei Grün Stadt Zürich wird mitgeteilt, dass Massnahmen ergriffen wurden, um die Budgetkürzungen der Stadt innerhalb des Saldos des Globalbudgets zu kompensieren. Das ewz wird die budgetierte Gewinnablieferung voraussichtlich übertreffen können. Am meisten wurde das Globalbudget des Sportamts diskutiert. Bei diesen Diskussionen ging es vor allem um die angekündigte Saldoüberschreitung im Zusammenhang mit der Leichtathletik-Europameisterschaft 2014. Die Ergänzung des Globalbudgets wird erst mit dem zweiten Trimesterbericht beantragt. Wir gehen davon aus, dass sich die Diskussionen und Anträge schwerpunktmässig auf diesen zweiten Trimesterbericht konzentrieren werden. Die RPK hat in mehreren Runden Fragen gestellt, die beantwortet wurden.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Dispositivziffer 1:

Roger Liebi (SVP): Wir empfehlen, den Trimesterbericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Es ist unverständlich, dass bei Globalbudgets Erhöhungen beantragt werden. Als Begründung für die Überschreitung des Saldos bei den Alterszentren wurde genannt, dass die Alterszentren ausserhalb der Stadt nicht genügend ausgelastet waren. Offensichtlich wurde das Globalbudget falsch berechnet. Es muss Möglichkeiten geben, diese Rechnungsfehler innerhalb des Globalbudgets ausgleichen zu können. Es scheint die Einstellung vorzuherrschen, dass man auch nachträglich vom Gemeinderat Geld holen kann. Das geht so nicht. Besonders stossend ist, dass die Alterszentren ausserhalb der Stadt liegen. Diese Alterszentren sind für die Bewohner der Stadt nicht attraktiv genug. Wir müssen uns kurz- bis mittelfristig von diesen Alterszentren trennen. Des Weiteren haben wir den Eindruck, dass das Glasfasernetz ein Verlustgeschäft wird. Im Trimesterbericht wird ausgesagt, dass das Projekt im Hinblick auf den Anschluss von Haushalten auf Kurs ist. Viel wichtiger sind jedoch die unterzeichneten Leitungsanschlussverträge. Gemäss Bericht ist das ewz auch in Bezug auf diesen Aspekt auf Kurs. Diesen Punkt glauben wir nicht, da im Budget 2015 angegeben wird, der Planwert sei im Jahr 2014 zu hoch gegriffen gewesen. Dies hätte bereits bei den Rückfragen zum Trimesterbericht mitgeteilt werden sollen. Im Januar 2014 haben wir über Änderungen im Hinblick auf die Defizitgarantie debattiert. Die SVP war damals gegen diese Massnahmen. Bereits in diesem Trimesterbericht wurde mitgeteilt, dass die Defizitgarantie bezogen werden müsse. Wir haben über diese Leichtathletik-EM viel diskutiert. Der Gemeinderat wurde über diese Angelegenheit nicht gut informiert. Schlussendlich hatten wir keine andere Möglichkeit, als diese EM abzunicken. Wir werden diese Angelegenheit

auch bei späterer Gelegenheit diskutieren können. Im Schul- und Sportdepartement gab es auch in der Vergangenheit bereits Missstände. In Bezug auf Grün Stadt Zürich stören uns hinsichtlich des Flächen- und Gebäudemanagements die Antworten auf unsere Fragen. Uns stört, dass die Budgetkürzungen des Gemeinderats schuld sein sollen, wenn die Stadt etwas nicht umsetzen kann. So wird beispielsweise geschrieben, dass aufgrund der Budgetkürzungen ein zerfallener Zaun nicht repariert werden konnte. Die Budgetkürzungen können nicht für solche Dinge verantwortlich gemacht werden. Es braucht kreative und innovative Ideen.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 2:

Dr. Urs Egger (FDP): Der FDP geht es um das Instrument Globalbudget. Wir hatten letztes Jahr beantragt, auf Globalbudgets umzustellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nichtsdestotrotz sind wir der Ansicht, dass es sich dabei um ein gutes Instrument handelt. In der Regel geht es in diesem Trimesterbericht um eine Ausweitung des Budgets. Wir sind der Ansicht, dass im Globalbudget mit Kompensierungen gearbeitet werden müsste. Im Zusammenhang mit diesen Trimesterberichten wird eine zusätzliche Budgetdebatte geführt und es werden Zusatzkredite beantragt. Wir fordern, dass auf solche zusätzlichen Forderungen verzichtet wird. Die FDP lehnt diese Trimesterberichtserstattung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli (SP): Ich möchte vor allem zum Trimesterbericht der Alterszentren sprechen. Ich weiss nicht, wie ein Alterszentrum kurzfristig geschlossen werden soll. Diese Alterszentren haben Bewohner und Bewohnerinnen, die nicht einfach so auf die Strasse gestellt werden können. Es gibt Gründe, weshalb ein Alterszentrum nicht saniert werden kann. Wenn jemand weiss, dass ein Alterszentrum geschlossen wird, wird er sich lieber in einem anderen Alterszentrum anmelden, in dem er langfristig bleiben kann.

Felix Moser (Grüne): Das TED hat das Budget bei den Schulklassen gekürzt. Wir sind überzeugt, dass es auch andere Einsparungsmöglichkeiten gäbe. Über das Vorgehen des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat bei der Leichtathletik-EM waren wir irritiert. Wir hoffen auf eine Klärung im Rahmen des zweiten Trimesterberichts.

Samuel Dubno (GLP): Wir haben die FDP bei ihrem Wunsch nach einer Stärkung des Globalbudgets unterstützt. Im Gemeinderat wurde die Globalbudgetverordnung eingeführt. Das Mittel der Globalbudgetergänzung existiert und wird genutzt. Diejenigen Abteilungen, die ein Globalbudget führen, dürfen nicht benachteiligt werden. Es kann Fälle geben, in denen eine Ergänzung des Globalbudgets sinnvoll ist.

Roger Liebi (SVP): Nur weil das Mittel der Globalbudgetergänzung geschaffen wurde, bedeutet das nicht, dass es auch genutzt werden muss. Das Budget ist in dieser Stadt egal, da Budgetkürzungen durch Zusatzkredite wieder ausgeglichen werden können.

Samuel Dubno (GLP): Wir sind nicht für die extensive Nutzung der Globalbudgetergänzung. Ich habe lediglich darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Mittel existiert. Wir können inhaltlich über die Anträge diskutieren, aber das Mittel in Frage zu stellen, ist an dieser Stelle kontraproduktiv. Wir können das Steueramt für diese eine Million Franken, die falsch verbucht wurde, nicht bestrafen.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Trimesterberichte per 30. April 2014 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Trimesterberichte per 30. April 2014 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

2. Für das Jahr 2014 werden mit den Trimesterberichten per 30. April 2014 gemäss der vorstehenden Zusammenstellung unter Ziffer 4 Globalbudget-Ergänzungen von Fr. 3 000 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Oktober 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

398. 2014/77

Weisung vom 19.03.2014:

Elektrizitätswerk, Ausstieg aus der Kernenergie, Kompetenzdelegation

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

Der Stadtrat wird ermächtigt, die Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu verkaufen.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz (unter Ausschluss des Referendums):

1. Die Motion (GR Nr. 2011/292) der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Änderung von Art. 2^{ter} Abs. 3 Gemeindeordnung (GO), Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie bis zum Jahr 2034, wird als erledigt abgeschrieben.
2. Die Motion (GR Nr. 2011/293) der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034 wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Heinz Schatt (SVP): Diese Weisung ist die Antwort auf zwei Motionen der SP, der Grünen und der GLP. Diese Motionen stellten folgende Forderungen auf: Spätestens bis zum Jahr 2034 soll ein verbindlicher Ausstieg aus der Kernenergie festgesetzt werden. Zweitens sollen Übergangsbestimmungen in die Gemeindeordnung aufgenommen werden, die den Ausstieg aus der Kernenergie und den Verzicht auf Strom aus Kernkraftwerken bis 2034 festlegen. Abschliessend soll eine verbindliche Strategie für den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2034 festgelegt werden. Die Stadt verfügt über zwei Beteiligungen an Kernkraftwerken. Die energiepolitische Ausrichtung der Stadt ergibt sich aus dem 2000-Watt-Beschluss. In diesem Beschluss ging es um die Verankerung der Prinzipien der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft. Ziele sind namentlich die Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000-Watt-Dauerleistung pro Einwohner, die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Jahr und Person, die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen sowie schliesslich der Verzicht auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen. Eine zeitliche Begrenzung des Bezugs von Kernenergie wurde nicht festgelegt. Hingegen wurde die Reduktion des CO₂-Ausstosses bis 2050 terminiert. Das internationale Umfeld für Kernkraftwerke ist heterogen. Während Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie anstrebt, streben viele Staaten den Ausbau der Kernenergie an. Der Bund beschloss den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillgelegt und nicht mehr ersetzt werden. Der Gemeinderat reichte beim Kantonsrat eine Behördeninitiative betreffend einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken ein. Diese Behördeninitiative wurde im Kantonsrat noch nicht bearbeitet. Aufgrund der Volksinitiative «Strom für morgen» wurde ein Gegenvorschlag eingereicht. Dieser wurde im Kantonsrat angenommen. Dieser Gegenvorschlag verlangt einen Standardstrommix aus erneuerbarer Energie, jedoch mit der Ge-

währleistung der freien Wahlmöglichkeit. Ein festgelegtes Datum für den definitiven Umstieg auf erneuerbare Energien wird im Gegenvorschlag fallengelassen. Die Initianten haben angekündigt, dass das Volksbegehren bei der Annahme des Gegenvorschlags fallengelassen wird. Beim Verkauf von AKW-Beteiligungen bleibt beim Verkäufer die Pflicht zur Entsorgung des Abfalls. Beim Ausstieg aus der Kernenergie bleiben diese Risiken für immer bei der Stadt. Die Strategie des ewz sieht vor, Beteiligungen an Kernkraftwerken möglichst rasch durch Investitionen in Wasserkraftwerke und andere Anlagen, die erneuerbare Energie herstellen, zu ersetzen. Ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie ist nur durch den Verkauf dieser Beteiligungen möglich. Als Käufer kommen nur die anderen Beteiligten an diesen Anlagen infrage. Ein Verkauf der Kernenergiebeteiligungen liegt in der Kompetenz der Stimmberechtigten. Das Verhandlungsergebnis müsste öffentlich gemacht werden. Dies wirkt auf mögliche Investoren abschreckend. Der Stadtrat fordert deshalb eine Kompetenzdelegation des Gemeinderats und der Stimmberechtigten zur Verhandlungsführung und zum Abschluss möglicher Verkaufsverträge. Ein Festlegen eines Termins betrachtet der Stadtrat als nicht zielführend.

Kommissionsmehrheit/ -minderheit Rückweisungsantrag:

Bernhard Piller (Grüne): Die Mehrheit der Kommission beantragt die Rückweisung der Weisung an den Stadtrat. Es soll eine neue Weisung zur Umsetzung der Motion 2011/292 vorgelegt werden. Art 2^{ter} soll mit einer Übergangsbestimmung ergänzt werden. Für die Vorlegung der neuen Weisung wird dem Stadtrat eine Frist von sechs Monaten gesetzt. Die Stadt verfolgt eine Strategie zum Ausstieg aus der Atomenergie. Ein definitives Ausstiegsdatum ist das Ziel der beiden Motionen. Seit der vom Bundesrat eingeleiteten Energiestrategie 2050 befinden wir uns in einer neuen energiepolitischen Epoche. Wir müssen uns von der Atomenergie verabschieden. Jeder Schritt in Richtung eines Atomausstiegs bringt uns mehr Sicherheit. Die vom Stadtrat geforderte Kompetenzdelegation trägt den Forderungen der beiden Motionen nicht Rechnung. Der Stadtrat will eine konkrete Jahreszahl für den Ausstieg nicht in der Gemeindeordnung verankern. Der Stadtrat bietet keine Garantie für einen Atomausstieg. Ein klares Atomausstiegsdatum bietet Rechtssicherheit und klare Rahmenbedingungen für das ewz. 20 Jahre sind für den Atomausstieg ausreichend. Die Motion verlangt keinen baldigen Verkauf der Atombeteiligungen, sie fordert lediglich den Atomausstieg. Dieser Ausstieg kann auf verschiedene Arten erreicht werden.

Heinz Schatt (SVP): Der Rückweisungsantrag wird von SVP, FDP und CVP abgelehnt. Die Befürworter des Rückweisungsantrags übergehen alle Argumente des Stadt-, Kantons- und Bundesrats. Es gibt Gründe, die gegen einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie sprechen. Es ist beispielsweise mit Forderungen der Kernkraftwerkbetreiber zu rechnen und eine Gewährleistung der benötigten Energiemenge durch erneuerbare Energien ist nicht gewährleistet. Die Kosten für erneuerbare Energie sind zu hoch. Nur solange erneuerbare Energie subventioniert wird, ist sie für die Endverbraucher verkraftbar. Wird jedoch auf Kernenergie verzichtet, ist mit hohen Preisaufschlägen für erneuerbare Energien zu rechnen. Die Konsumenten werden merken, dass auch die Subventionen von den Verbrauchern bezahlt werden müssen. Es muss mit einer starken Abkühlung der Konjunktur gerechnet werden. Die Begeisterung für erneuerbare Energie wird rasch abnehmen, wenn Arbeitsplätze in Länder mit geringeren Energiekosten verschoben werden. Wenn es dem Stadtrat nicht gelingt, die Beteiligungen bis zum festgesetzten Datum zu verkaufen, wird er von jedem potentiellen Käufer unter Druck gesetzt. Jeder potentielle Käufer weiss, dass der Verkäufer mit nahendem Ausstiegsdatum unter Druck gerät und sich auch Bedingungen diktieren lassen muss. Ein festgelegtes Ausstiegsdatum bedeutet deshalb eine Verzögerung des Verkaufs. Die SVP lehnt sowohl Rückweisungsantrag als auch die Weisung des Stadtrats ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Mit der Abstimmung zur 2000-Watt-Gesellschaft wurde festgelegt, keine neuen Kernkraftwerksbeteiligungen zu kaufen. Die Stadt sollte jedoch ihre bestehenden Beteiligungen behalten, bis die Betriebsbewilligungen auslaufen. Dies wurde von der Mehrheit im Abstimmungskampf vertreten und führte nicht zuletzt zur hohen Zustimmung zur Vorlage in der Bevölkerung. Das ewz ging bereits 2012 in seiner Strategie davon aus, dass ab 2034 keine Kernenergie mehr zur Verfügung stehen würde. Damit wäre die zweite Motion erfüllt. Das ewz baut das Angebot an erneuerbarer Energie aus. Eine Mehrheit des Gemeinderats verlangte mit dieser Motion, dass die Stadt bis spätestens 2034 aus der Kernenergie aussteigt. Es ist unverständlich, weshalb Bernhard Piller (Grüne) sich vor sechs Jahren dafür einsetzte, kein konkretes Ausstiegsdatum aus der Kernenergie zu nennen und nun seine Meinung änderte. Wir sind mit diesen Werken verbunden, zahlen die Kosten anteilmässig und beziehen die Energie anteilmässig. Diese Verträge gelten unabhängig von der Gemeindeordnung. Auch wenn die Stadt sich entscheiden würde, den Strom aus den Kernkraftwerken nach 2034 zu verschenken, an der Kostenbeteiligung würde dies nichts ändern. Die Stadt hat auf die Energiepolitik keinen direkten Einfluss. Vor kurzem wurde die Abschreibungsdauer von 50 auf 60 Jahre verlängert. Der Stadtrat kam bei dieser Motion zum Schluss, dass eine Umsetzung der Motion nur über den Verkauf dieser Kernenergiebeteiligungen möglich ist. Es gibt derzeit keine Kaufinteressenten. Wir werden keine Käuferin finden, die einer Volksabstimmung zustimmen wird. Eine Käuferin wird nicht wollen, dass die Details zum Verkauf öffentlich werden. Deshalb beantragt der Stadtrat die Kompetenzdelegation. Nur so kann der Stadtrat einen möglichen Kaufvertrag innerhalb nützlicher Frist abwickeln. Eine Verankerung des Verkaufs in der Gemeindeordnung wird den Verkauf nicht erleichtern. Die Kernkraftwerke werden auch bei einem Verkauf weiterlaufen. Über den Zeitpunkt der Stilllegung der Kernkraftwerke wird der Bund entscheiden.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Edelmann (SP): *Die SP unterstützt den Rückweisungsantrag. Unser Ziel ist der Ausstieg aus der Kernenergie, nicht ein Verkauf der Beteiligungen. Im Moment brauchen wir den Atomstrom noch. Wir finanzieren mit ihm auch die Energiewende. Wir wollen auch weiterhin Einsitz in diesen Werken haben, unsere Verantwortung und unseren Einfluss wahrnehmen. Im Moment haben wir keine Mehrheit für eine Stilllegung eines Kernkraftwerks. In 20 Jahren kann sich viel ändern. Das Kernkraftwerk Mühleberg ist nicht mehr rentabel, deshalb ergab sich ein Ausstieg des Werkes auf 2019. Derzeit ist Atomstrom günstig, der Preis wird jedoch steigen. Wir haben diese Weisung kontrovers diskutiert und viele Fragen gestellt. Wir finden den Vorschlag des Stadtrats nicht richtig. Deshalb wollen wir zunächst eine Zielvorgabe definieren. Danach können wir gewisse Elemente diskutieren. Wir sind überzeugt, dass die Stadt innerhalb der Werke Einfluss nehmen kann. Wir fühlen uns verpflichtet, für die Werke verantwortlich zu sein, solange sie laufen.*

Ruth Ackermann (CVP): *Der Atomausstieg ist entschieden. Es bringt nichts, ein festes Datum für den Verkauf festzulegen. Jeder potentielle Käufer wird bis 2034 warten, um das für ihn beste Angebot herauszuholen. Das ewz wird bei einer Stilllegung Verantwortung übernehmen müssen. Für uns ist klar, dass der Stadtrat die Kompetenz für den Verkauf bekommen muss. Die CVP ist für den Ausstieg aus der Atomenergie. Ein planloser Ausstieg ist jedoch nicht zielführend.*

Marcel Müller (FDP): *Ohne diese Kompetenzdelegation kann der Stadtrat keinen Käufer finden. Den Befürwortern der Rückweisung geht es vor allem darum, das Thema*

weiterzuziehen und damit Aufmerksamkeit zu erregen. Wollte man die Beteiligungen tatsächlich verkaufen, dann würde man der Kompetenzdelegation zustimmen. Wir wissen nicht, zu welchen Konditionen wir diesen Verkauf durchziehen können. Die FDP kann den Verkauf der bestehenden Anteile und damit verbunden auch die Kompetenzdelegation unterstützen.

Gian von Planta (GLP): Die inhaltliche Diskussion zum festgelegten Datum führten wir hier vor zwei Jahren. In unserer Motion haben wir unser Anliegen klar ausgedrückt. Der Stadtrat brauchte zwei Jahre, um eine Weisung zu unterbreiten, obwohl die Umsetzung der Motion sehr einfach gewesen wäre. Erst wenn das Ziel feststeht und durch den Gemeinderat und die Stimmbevölkerung gebilligt ist, können wir über die Kompetenzen diskutieren. Atomenergie ist nicht günstiger, als erneuerbare Energien, wie das Beispiel Grossbritannien zeigt. Der günstige Preis für unseren Atomstrom liegt darin begründet, dass unsere Kraftwerke nicht so sicher sind, wie sie sein sollten. Wir sind nicht zwingend gegen eine Kompetenzdelegation, aber zuerst muss das Stimmvolk dem Verkauf der Beteiligungen zustimmen.

Andreas Kirstein (AL): Die AL lehnt die Weisung ab und unterstützt die Rückweisung, da wir nicht Hand bieten wollen zum Verkauf dieser Beteiligungen. Es geht um grundsätzliche Überlegungen über die Kompetenzverteilung zwischen Stadt- und Gemeinderat. Ein Verkauf der Beteiligungen ist illusorisch. Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie und hoffen gleichzeitig, dass jemand bereit ist, die Beteiligungen zu erwerben. Dies ist nicht sinnvoll.

Martin Luchsinger (GLP): Die Motionen wurden unter dem Eindruck des Unglücks von Fukushima verabschiedet. Können wir die Folgen eines solchen Unglücks verantworten? Die Stadt sollte den ersten Schritt zum Ausstieg machen. Das Risiko für Kernenergieanlagen wird nicht von Versicherungen, sondern vom Staat gedeckt. Wir finden die Kompetenzdelegation nicht vollkommen falsch. Wenn es einen Käufer geben wird, werden wir einem Verkauf zustimmen. Der Einfluss der Stadt ist zentral, auch wenn wir kein einziges Kernkraftwerk stilllegen werden. Es geht um den politischen Willen der Bevölkerung. Zürich kann ein wichtiges Zeichen setzen. Eine Kompetenzdelegation ist kein Problem, allerdings sind wir gegen eine Abschreibung einer Motion, die eine klare Vorgabe fordert.

Alexander Jäger (FDP): Diese Rückweisung wird zur Folge haben, dass nichts passieren wird. Die Stadt entscheidet nicht über die Laufzeit von Kernkraftwerken. Durch diese Kompetenzdelegation würde ein Ausstieg ermöglicht. Für einen Ausstieg muss man sich im Bundesrat einsetzen. Niemand kauft diese Beteiligungen, wenn darüber im Gemeinderat verhandelt werden muss.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Stadtrat bemühte sich mit dieser Weisung um eine pragmatische Lösung. Das Umfeld ist sehr komplex. Die Rückweisung der Weisung lässt sich nur ideologisch begründen. Das Unglück von Fukushima lässt sich damit begründen, dass die Verantwortlichen Missstände verheimlichten und Prüfprotokolle fälschten. Dies wäre in Europa undenkbar. Es gibt hier Standards, die wir mit gutem Gewissen befolgen.

Bernhard Piller (Grüne): Es geht weder um Profilierung, noch um ein Weiterziehen des Themas. Es geht darum, das komplexe Thema korrekt abzuwickeln. Mit unserer ersten Motion haben wir eine Forderung platziert. Erst wenn dieser erste Schritt gemacht ist und wir die Sicherheit über den angestrebten Ausstieg bis 2034 haben, ist eine Kompetenzdelegation für uns vorstellbar. Es ist logisch, dass die Verhandlungsführung durch den Stadtrat besser umgesetzt werden kann, als durch den Gemeinderat. Wir sind der

Ansicht, dass die Energiewende schneller vorangehen muss. Nichtsdestotrotz gehört das ewz zu den energiepolitisch fortschrittlichsten Unternehmen.

STR Andres Türler: *Eine Rückweisung dieser Weisung und die Eintragung einer Jahreszahl in der Gemeindeordnung löst weder den Ausstieg der Stadt noch der Schweiz aus der Kernenergie. Wir überschätzen uns. Die einzige Sicherheit zur Abschaltung der Kernenergieanlagen bietet der Bund, nicht die Stadt. Die Festlegung einer Jahreszahl in der Gemeindeordnung ist publikumswirksam, führt jedoch nicht zum Abschalten der Kernenergieanlagen. Der Stadtrat versuchte mitzudenken und einen Beitrag zum Ausstieg zu leisten. Offensichtlich erwartet der Gemeinderat lediglich ein Gehorchen des Stadtrats. 2034 werden die meisten heutigen Mitglieder des Gemeinderats nicht mehr an der Umsetzung dieser Forderung beteiligt sein.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Es ist eine neue Weisung zur Umsetzung der Motion 2011/292 mit folgendem Inhalt vorzulegen: Art. 2^{ter} Absatz 3 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich soll mit folgender Übergangsbestimmung ergänzt werden: «Die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig». Hierfür wird dem Stadtrat eine Frist von 6 Monaten gesetzt.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Mehrheit:	Bernhard Piller (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Edelmann (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP), Gian von Planta (GLP)
Minderheit:	Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Ruth Ackermann (CVP), Alexander Jäger (FDP), Marcel Müller (FDP)
Abwesend:	Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Es ist eine neue Weisung zur Umsetzung der Motion 2011/292 mit folgendem Inhalt vorzulegen: Art. 2^{ter} Absatz 3 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich soll mit folgender Übergangsbestimmung ergänzt werden: «Die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig». Hierfür wird dem Stadtrat eine Frist von 6 Monaten gesetzt.

Mitteilung an den Stadtrat

399. 2014/173

Weisung vom 04.06.2014:

Motion von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) betreffend Erhaltung der Biodiversität in öffentlichen Parks und privaten Gärten auf Stadtgebiet, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Erhaltung der Biodiversität in öffentlichen Parks und privaten Gärten auf Stadtgebiet wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion von Gemeinderat Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Gemeinderätin Gabriele Kisker (Grüne) vom 3. Februar 2010 (GR Nr. 2010/72) wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent Änderungsantrag sowie Dispositivziffern 2 und 3:

Heinz Schatt (SVP): Der Stadtrat hielt die Forderung der Motion nicht für motionabel, weil sie mit der Strategie der Stadt übereinstimme. Deshalb beantragte er die Ablehnung der Motion. Der Gemeinderat nahm eine Änderung an der Motion vor und überwies selbige. Die Motion verlangt, dass im Siedlungsgebiet der Stadt mindestens 10 % naturnahe Flächen zur Erhaltung der Biodiversität bestehen bleiben. Grün Stadt Zürich erstellte eine Biotypenkartierung, die zeigte, dass die Forderung erfüllt ist. Da eine Verdichtung stattfindet, ist der künftige Zustand laufend zu überprüfen. Diese Kartierung kann jedoch nur einen Überblick bieten. Der Einfluss der Stadt beschränkt sich auf Flächen, die der Stadt gehören. Der Stadtrat schlägt deshalb ein Pilotprojekt mit vier Modulen zur Förderung der Biodiversität vor. Modul eins beinhaltet die Aufwertung von rund 100 stadteigenen Flächen. In Modul zwei soll eine Beratung und Wissensvermittlung für Grundeigentümer aufgebaut werden. Dazu soll eine 50%-Stelle für drei Jahre geschaffen werden. In Modul drei soll ein Anreizsystem für die naturnahe Gestaltung privater Flächen geschaffen werden. Die Grundeigentümer sollen eine Prämie ausbezahlt bekommen, wenn sie derartige Flächen schaffen. In Modul vier soll ein Monitoring aufgebaut werden. Dazu muss ein Messinstrument entwickelt werden.

Kommissionsmehrheit/ -minderheit Dispositivziffer 1:

Helen Glaser (SP): Es braucht Massnahmen, um die 10 % naturnahe Flächen zu erhalten. Die vorgeschlagenen Massnahmen des Stadtrats und das Pilotprojekt erscheinen uns sinnvoll.

Heinz Schatt (SVP): Die SVP nimmt vom Bericht des Stadtrats ablehnend Kenntnis. Dieses Anliegen kann als erfüllt angesehen werden. Das Pilotprojekt erscheint uns nicht zielführend. Es handelt sich zwar um einen kleinen Betrag, wir müssen jedoch an die finanzielle Lage der Stadt denken.

Änderungsantrag

Die SK TED/DIB beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 3:

3. Der Evaluationsbericht zum fünfjährigen Pilotprojekt wird dem Gemeinderat zugänglich gemacht.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Andreas Edelmann (SP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Gian von Planta (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Ruth Ackermann (CVP), Andreas Edelmann (SP), Guido Hüni (GLP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Gian von Planta (GLP)

Minderheit: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Kurt Hüssy (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 21 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Andreas Edelmann (SP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Gian von Planta (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 3

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Ruth Ackermann (CVP), Andreas Edelmann (SP), Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Alexander Jäger (FDP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Gian von Planta (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Erhaltung der Biodiversität in öffentlichen Parks und privaten Gärten auf Stadtgebiet wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion von Gemeinderat Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Gemeinderätin Gabriele Kisker (Grüne) vom 3. Februar 2010 (GR Nr. 2010/72) wird als erledigt abgeschrieben.
3. Der Evaluationsbericht zum fünfjährigen Pilotprojekt wird dem Gemeinderat zugänglich gemacht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Oktober 2014

400. 2014/155

**Postulat von Andreas Edelmann (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 14.05.2014:
Binz-Quartier, bessere Erschliessung für den Fuss- und Veloverkehr**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andreas Edelmann (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 61/2014): Das Binz-Quartier war früher ein Lehmabbaugelände, das erst in den letzten Jahrzehnten besiedelt wurde. Die Zugänge zum Quartier sind problematisch. Das Quartier wächst. Die Erschliessung fokussiert sich auf wenige Zugänge. Velofahrer müssen grosse Umwege in Kauf nehmen, dies verschärft die problematische Verkehrslage. Für Fussgänger ist die Erschliessung gut, solange Treppensteigen möglich ist. Unser Postulat verlangt eine bessere Erschliessung des Quartiers. Wir machen diverse Vorschläge, so beispielsweise eine Ergänzung der Treppen mit einer Velorampe.

Roland Scheck (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 4. Juni 2014 gestellten Textänderungsantrag: Bei der Erschliessung des Binz-Quartiers besteht Handlungsbedarf. Wir sehen den Handlungsbedarf vor allem beim Fussgängerverkehr. Wir haben hinsichtlich Verkehrspolitik kein Vertrauen in den Stadtrat. Damit sich die Umsetzung dieses Postulats weder gegen den motorisierten Individualverkehr, noch gegen das Privateigentum richtet, stellen wir einen Textänderungsantrag.

Matthias Probst (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die Grünen unterstützen dieses Postulat. Die Zugänge im Binz-Quartier sind problematisch. Wir finden es prüfenswert, die Fuss- und Veloverbindungen zu optimieren. Wir haben jedoch Bedenken betreffend zusätzlicher Zugänge. Heute handelt es sich um wertvolles Naturschutzgebiet, das sich wie ein Ring um das Quartier legt. Es wäre fatal, durch dieses Band weitere Verbindungsstrassen zu legen. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Das Binz-Quartier ist nicht gut erschlossen. Es gibt zwei Treppen und zwei Strassen. Besonders für den Langsamverkehr ist eine bessere Erschliessung wünschenswert. Wir brauchen aber keine Maximallösung, deshalb unterstützen wir den Textänderungsantrag der Grünen.

Marc Bourgeois (FDP): Die FDP teilt die Ansicht der GLP, kann jedoch auch die Haltung der SVP verstehen. Auch wir teilen den Textänderungsantrag der Grünen. Wir sind jedoch gegen Enteignungen.

Christian Traber (CVP): Die Verkehrsströme haben in den letzten Jahren zugenommen. Es braucht Lösungen. Die bestehenden Rampen liegen auf Privatgrund und werden deshalb nicht ausreichend gepflegt. Es werden im Gebiet mehr Arbeitsplätze geschaffen, es braucht zusätzliche Zugänge.

Mauro Tuena (SVP): Wird das Postulat mit dem Textänderungsantrag der Grünen unterstützt, dann bedeutet dies, dass Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr und ein Abbau von Parkplätzen sowie Enteignungen möglich sind.

Andreas Edelmann (SP) ist mit der Textänderung von Matthias Probst (Grüne) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Roland Scheck (SVP) ab: Es besteht Einigkeit, dass Handlungsbedarf besteht. Die Textänderung der SVP ist unnötig. Die Textänderung der Grünen hingegen nehmen wir an.

Marc Bourgeois (FDP): Der Postulatstext fordert weder Enteignungen, noch den Abbau von Parkplätzen. Wir von der FDP hätten den selben Textänderungsantrag gestellt. Da der Vorsteher des TED diesen Vorstoss mit Bedacht umsetzen wird, ist es völlig egal, ob wir zustimmen oder ablehnen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Erschliessung des Binz-Quartiers für Fuss- und Veloverkehr verbessert werden kann. ~~Insbesondere sind weitere Zugänge sowie interne Querverbindungen selber zu planen und bei zukünftigen Bauprojekten zu verlangen.~~

Das geänderte Postulat wird mit 73 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

401. 2014/187

**Postulat von Peter Küng (SP) und Gian von Planta (GLP) vom 11.06.2014:
Errichtung einer Kapphaltestelle am Stauffacher für die in Richtung Hardplatz
fahrenden Trams der Linie 8**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Peter Küng (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 138/2014): Der Stadtrat plant die Verlegung der Haltestelle der Tramlinie 8 am Stauffacher. Die Verschiebung der Tramhaltestelle ist jedoch nur bei Einrichtung einer Kapphaltestelle sinnvoll. Personen, die vom Tram der Linie 8 in eine andere Linie umsteigen, gehen auch bei Rotlicht über die Strasse. Die Situation ist gefährlich. Die Einrichtung einer Kapphaltestelle wird einen Rückstau zur Folge haben, die Sicherheit der Passagiere ist ein wichtiges Argument. Es geht nicht darum, Autos mutwillig zu stauen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Über die Verschiebung dieser Tramhaltestelle wird schon lange diskutiert. Die Haltestelle muss auf der Südseite platziert werden. Die Prüfung wurde bereits mehrfach durchgeführt, eine Kapphaltestelle ist nicht möglich. Dies würde zu einem Rückstau führen. Bei einer erneuten Prüfung werden wir zum selben Schluss kommen. Dies würde zu einer Verzögerung der Einführung des langen Trams der Linie 8.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Wir wollen keine weiteren Kapphaltestellen einrichten. Besonders am Stauffacher würde die Einrichtung der Kapphaltestelle zu massivem Rückstau führen. Dieses Postulat hat zum Ziel, den Verkehr möglichst stark zu behindern.

Markus Knauss (Grüne): Im Kreis 4 wird sich die Verkehrssituation stark verändern. Früher waren die Durchgangsachsen regional klassiert, werden aber in die Verfügungsgewalt der Stadt übergehen. Wir rechnen mit weniger Verkehrsaufkommen. Es wird neue Schulwege geben, auch da muss etwas passieren. Wenn wir uns überlegen, wo die Kapazitätsengpässe liegen, dann stellen wir fest, dass sie an der Badenerstrasse

liegen. Die Kapphaltestelle wird zu einer kleinen Leistungseinbusse führen, diese sollte aber vertretbar sein.

Marc Bourgeois (FDP): Es ist fraglich, ob die Strassensituation angepasst werden muss, weil Fussgänger die Signalisation nicht beachten. Bei einer Kapphaltestelle braucht der Verkehr eine Ausweichmöglichkeit, ansonsten wird er die Haltestelle blockieren. Am Stauffacher besteht keine Ausweichmöglichkeit für den motorisierten Individualverkehr. Das Problem wird nicht gelöst. Das Problem ist die Kapazität der Badenerstrasse. Wir sehen auch keine Lösung für die Führung des Veloverkehrs.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP ist nicht grundsätzlich gegen Kapphaltestellen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass sie dort eingesetzt werden sollen, wo sie sinnvoll sind. Am Stauffacher sind sie nicht realisierbar.

Gian von Planta (GLP): Wenn wir den Anteil des motorisierten Individualverkehr in Bern und Basel mit Zürich vergleichen, dann stellen wir fest, dass es in Zürich viel motorisierten Individualverkehr gibt. Es geht um die Optimierung des Gesamtverkehrssystems. Wir müssen möglichst viel Mobilität zur Verfügung stellen und den Raum aufteilen. Wir müssen den Langsamverkehr um 10 % steigern. Dazu müssen wir ihn attraktiver gestalten. Dazu trägt auch eine Kapphaltestelle bei. Wir müssen Möglichkeiten prüfen, wie ein Rückstau verhindert werden kann.

Marcel Müller (FDP): Die Verkehrssicherheit an Kapphaltestellen für Velofahrer ist nicht gegeben. Velofahrer werden vom Tram abgedrängt. Viele Velofahrer haben nicht genügend Geduld und kommen den Fussgängern in die Quere, die dabei sind, ins Tram einzusteigen.

STR Filippo Leutenegger: Es geht nicht um eine Grundsatzdebatte über Kapphaltestellen. Es geht um die zweite Kapphaltestelle von Süden nach Norden. Die Umsetzung dieser Kapphaltestelle ist nicht möglich. Es geht nicht um die Kapazität, sondern um den Rückstau. Der Platz für den Rückstau ist beschränkt.

Das Postulat wird mit 66 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

402. 2014/308

Motion der SP-, SVP-, FDP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktion vom 01.10.2014: Definition von Vorgaben im Rahmen einer strategischen Planung für die Anforderungen und Verkehrsströme im Raum Central / Bahnhofbrücke / Bahnhofquai / Museumstrasse

Von der SP-, SVP-, FDP-, Grüne-, GLP-, CVP- und AL-Fraktion ist am 1. Oktober 2014 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie in einer strategischen Planung klare Vorgaben definiert werden können, damit die mittel- und langfristigen Projekte für die veränderten Anforderungen und Verkehrsströme im Raum Central/Bahnhofbrücke/Bahnhofquai/Museumstrasse aufeinander abgestimmt werden.

Begründung:

Mittel- und langfristig stehen grosse Projekte im Raum Central/Bahnhofbrücke/Bahnhofquai/ Museumstrasse an. Ausserdem bringt die volle Inbetriebnahme der Durchmesserlinie grosse Veränderungen der FussgängerInnenströme.

In die strategische Planung sollen alle Verkehrsmittel und Verkehrsteilnehmenden einbezogen werden. Es soll eine Gesamtschau über die mittel- und langfristige Entwicklung des Perimeters um den HB erarbeitet werden. Der gesamte Verkehr soll sicherer und flüssiger verkehren.

Die Betriebsstabilität und die Leistungsfähigkeit des Tramnetzes im Raum HB sind ungenügend und die Trams behindern sich gegenseitig. Gemäss VBZ-Netzstudie 2030 braucht es aufgrund der Kapazitätsengpässe auf der Bahnhofbrücke künftig 3 oder 4 Gleise. Das führt zwangsläufig zu einer breiteren Brücke, sodass die Bahnhofbrücke nicht nur erneuert, sondern sogar ersetzt werden muss.

Wegen der Durchmesserlinie nehmen die Umsteigenden substantiell zu und verschieben sich nach Westen in den Bereich der neuen Passagen Gessnerallee und Sihlquai. Die Haltestelle Bahnhofquai verliert damit ihre ursprüngliche Bedeutung vollständig. Die Haltestellen Sihlquai und Bahnhofquai sind nicht behindertengerecht. Es stellt sich die Frage, ob z. B. diese beiden Haltestellen im Bereich zwischen Sihlquai und Landesmuseum zusammengefasst werden könnten. Damit könnten sie direkter und attraktiver an die neuen Passagen angebunden werden. Diese neue Haltestelle könnte zudem in eine Gerade gelegt werden und ohne Kompromisse behindertentauglich und leistungsfähig ausgestaltet werden. Diese Massnahme würde sich auch positiv auf die Fahrzeiten der Trams auswirken.

Bevor die nächsten Projekte geplant und gebaut werden, sollte die langfristige Linienführung der Tramachsen überprüft werden. So stellt sich die Frage, ob die Tramachse Limmatquai–Bahnhofquai allenfalls über das Neumühlequai und über die Walchebrücke zur Museumstrasse verlegt werden sollte.

Der Raum Hauptbahnhof/Central soll städtebaulich aufgewertet und der Zugang zur Altstadt bzw. Polybahn attraktiver und fussgängerfreundlich gestaltet werden.

Damit kann auch die Zukunft des Globusprovisoriums geklärt werden, bzw. es kann definiert werden welche Randbedingungen für eine künftige Nutzung gelten sollen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

403. 2014/213

Schriftliche Anfrage von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Heinz Schatt (SVP) vom 25.06.2014:

Schulpräsidiumswahl in Schwamendingen, Verteilung einer Wahlempfehlung der Schulleiterinnen und Schulleiter

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 819 vom 17. September 2014).

404. 2014/18

Weisung vom 22.01.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Sportzentrum Heuried, Quartier Friesenberg, Neubau Hochbauten (Eissportanlage) und Erneuerung Badeanlage, Objektkredit

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28. September 2014 über folgende Vorlage entschieden:

2014/18 Weisung vom 22.01.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Sportzentrum Heuried, Quartier Friesenberg, Neubau Hochbauten (Eissportanlage) und Erneuerung Badeanlage, Objektkredit

69 215 Ja 19 302 Nein

405. 2011/167

Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom 16.03.2011:

Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Der Kantonsrat Zürich lehnt die Behördeninitiative mit Beschluss vom 15. September 2014 ab.

Nächste Sitzung: 22. Oktober 2014, 17 Uhr.